

Panorama v. 03.02.2022

Impfpflicht Gesundheit – Hintertür für Ungeimpfte?

Anmoderation

Anja Reschke:

„Wand und Welle, Delta und Omikron, Inzidenzen und Infektionsgeschehen. Man ist dieser Begriffe so müde. Aber weil das alles nichts geholfen hat, weil in Deutschland immer noch zu wenig Menschen geimpft sind, haben wir sie jetzt: Die Debatte um die Impfpflicht. Genau die wollte Olaf Scholz vermutlich vermeiden. Vielleicht hat er auch wirklich davon geträumt, er könne Menschen anders als mit einer Pflicht zum Impfen bringen. Im Herbst jedenfalls glaubte er noch an gutes Zureden. Anscheinend hat die Bundesregierung eine sehr eigene Vorstellung von Humor, denn das was bei der Idee „Locker, gelassen mit Witzen“ raus kam war dann diese Kampagne. Die, um es freundlich zu sagen - nicht so überzeugt hat. Diesen Montag musste der Regierungssprecher dann auch zerknirscht einräumen, dass das Impfziel, das sich die neue Regierung gesteckt hat, verfehlt wurde. Vielleicht hatte man das schon geahnt, denn es wurde ja bereits ein Gesetz zur Impfpflicht im Gesundheitswesen auf den Weg gebracht. Das erste große Gesetz der neuen Bundesregierung. Bislang hat aber allein die Ankündigung nur zu Wirrwarr, Aufregung und Verunsicherung geführt. Tina Soliman, Konstanze Nastarowitz und Caroline Walter haben sich in der Gesundheitsbranche umgehört.“

Pfleger, Ärzte, Sanitäter – seit Wochen gehen sie in ganz Deutschland auf die Straße. Sie drohen: wenn Mitte März die Impfpflicht für Gesundheitspersonal kommt, bricht die medizinische Versorgung zusammen.

Demonstrantin:

„Wir sind 93 Mitarbeiter, die ab 16. dann nicht mehr an die Arbeit gehen dürfen in einer Klinik.“

O-Ton

Bianca:

„Wenn die Impfpflicht durchgesetzt wird, dann darf Deutschland sich warm anziehen.“

Aber es gibt auch sie: Bewohner eines Pflegeheims in Appen bei Hamburg. Sie sind es, die durch die Impfpflicht vor ungeimpften Pflegerinnen und Pflegern geschützt werden sollen.

O-Töne

Hans und Eileen Wehmann:

Eileen Wehmann: „Ich habe kaum Verständnis für die Leute, die sich nicht impfen lassen. Ja, die sind egoistisch! Ich finde, sie sollen andere Leute wichtiger nehmen als sich selbst.“

Hans-Wehmann: „Die müsstet doch wissen, dass man geimpft wird, um anderen helfen zu können und nicht anzustecken und so weiter und so weiter. Wir haben nicht oft die gleiche Meinung, aber in diesem Falle sind wir sehr gleich“

Panorama: „Aber es gibt ja einige Pfleger und Pflegerinnen, die sich nicht impfen lassen wollen!

Bewohnerin: „Ja, dann sollen die keinen Lohn kriegen.“

Bewohnerin: „Sie sind ja immer bei uns und da müssen die auch geimpft werden. Finde ich gut.“

Tatsächlich gilt für alle Heimmitarbeiter ab dem 16. März die Impfpflicht – zumindest theoretisch. Wenn ein Mitarbeiter dann keinen Impf- oder Genesenennachweis hat, muss der Arbeitgeber, etwa

Pflegeheim-Chef Dr. Shammout, ihn beim zuständigen Gesundheitsamt melden. Auch muss er prüfen, ob der Impfausweis echt ist. Da fangen die Probleme schon an.

O-Ton

Dr. Yazid Shammout,

Geschäftsführer der Dana-Senioreneinrichtungen:

„Wir sind keine polizeiliche Behörde und ich habe auch keine Lust, mich nun irgendwie als Spitzel und Stasi beschäftigen zu lassen. Das geht mir schon sehr weit, dass wir nun zu prüfen haben, ob eventuell dieser Ausweis nun gefälscht oder nicht gefälscht ist. Das sind polizeiliche Aufgaben. Wir sollen da auch anzeigen, wenn wir den Verdacht haben. Aber das ist doch nicht meine Aufgabe. Verdammt nochmal!“

Auch im bayerischen Schweinfurt hagelt es Kritik: Das Gesetz sei ja gut gemeint, aber schlecht gemacht, glaubt die Pflegeheimleiterin. Sie macht sich große Sorgen, wie sie ab Mitte März planen soll. Sie könne auf keinen ihrer 110 Mitarbeiter verzichten. 21 davon seien ungeimpft.

O-Ton

Christiane Fischer,

Heimleiterin Diakonie Pflegezentrum Maininsel:

„Wenn die tatsächlich alle weggehen, wenn ich jetzt damit rechnen würde, es würden wirklich 21 Mitarbeiter den Betrieb verlassen, unsere Einrichtung verlassen, die sind ja aus verschiedenen Berufsfeldern, Pflege, Hauswirtschaft, Betreuung, aber auch aus der Reinigung. Ich könnte den Betrieb, so wie es jetzt ist, nicht gewährleisten.“

Heimleiterin Fischer fürchtet, dass sie ab Mitte März Hilfsbedürftige nicht mehr aufnehmen kann.

O-Ton

Christiane Fischer

Heimleiterin Diakonie Pflegezentrum Maininsel:

„Was machen sie denn, wenn wirklich jetzt ein Angehöriger kommt und ich sage, es tut mir leid, ihre Kurzzeitpflege vom Vater oder von der Mutter kann nicht verlängert werden. Ich kann es nicht mehr gewährleisten. Ich habe nicht genug Mitarbeiter. Bitte nehmen Sie den wieder mit heim.“

Eine Chance bleibt: Eventuell denken die Ungeimpften nun wegen der Impfpflicht um. Amelie ist 24. Sie arbeitet seit mehreren Jahren als Pflegekraft hier im Heim. Sie hat ihre Entscheidung getroffen: sie geht.

O-Ton

Amelie,

Pflegehelferin:

„Ich würde tatsächlich aufhören, einfach weil ich mich nicht unter Druck setzen lassen möchte, vom Staat, von der Regierung, mich impfen lassen zu müssen. Dann verliere ich meine Arbeit natürlich, werde freigestellt. Ich habe eine kleine Tochter zu Hause. Ich bin alleinerziehend. Das heißt, ich hätte kein Einkommen mehr.“

O-Ton

Sophie,

Pflegefachkraft:

„Ich persönlich weiß auch nicht, ob ich mich impfen lassen oder nicht. Das entscheide ich ziemlich spontan, würde ich mal sagen. Da muss ich halt abwägen, was, also ich mein, ich würde schon gerne in dem Beruf arbeiten. Ich habe ja auch nicht umsonst fünf Jahre Ausbildung gemacht. Ich finde es halt traurig, dass man den Leuten die Entscheidung nicht selber lassen kann. Ja, und dass man auf gut Deutsch gesagt, der Pflege noch eins reinrückt.“

Auch viele Ärzte fühlen sich unter Druck und protestieren gegen die Impfpflicht für ihre Branche – wie Assistenzärztin Stoebe. Sie arbeitet in einer Reha-Klinik in Mölln. Entweder Impfpflicht für alle oder für niemanden, findet sie. Und obwohl die Ärztin geboostert ist, sieht sie es nicht ein, dass das Personal in medizinischen Einrichtungen geimpft sein muss, die Patienten oder deren Besuch aber nicht. Deshalb will sie streiken, wenn die Impfpflicht kommt.

O-Töne

Christine Stoebe, Assistenzärztin: „Ich möchte dann für einen Monat meine Arbeit ruhen lassen.

Panorama: „Warum?“

Christine Stoebe: „Ich möchte nicht, dass von außen in dieser Art und Weise auf mich speziell, auf meine Berufsgruppe Druck ausgeübt wird. Ich bin durchgeimpft, weil ich hinterm Impfen stehe, von Anfang an, ohne wenn und aber und ich empfinde es einfach als unfair, feige und auch verantwortungslos vom Staat sich einfach eine Gruppe rauszusuchen, die müssen sich jetzt impfen, weil die gefährden ja am Ende unsere Patienten – da fangen wir an mit der Impfpflicht, ja. Ist so, dass ich sage: Nee. Das macht ihr nicht mit mir.“

Panorama: „Ist es denn so einfach, es ist im Grunde ja Arbeitsverweigerung. Was sagt denn Ihr Chef dazu? Und im übrigen: Sie lassen in der Zeit, in diesem einen Monat Ihre Patienten im Stich aber auch Ihre Kollegen.“

Christine Stoebe: „Genau das ist das Argument, was der Chef dann auch anführt, Du machst es dann ja auch den anderen schwerer, Du lässt die Kollegen im Stich. Wo ich sagen muss: Ich hab' damit nicht angefangen. Damit hat der Staat angefangen, nicht ich.“

Panorama: „Ist das nicht kindisch?“

Christine Stoebe: „Das hört sich möglicherweise kindisch an, nur Tatsache ist, der Staat hat damit angefangen: er kann mir gerne geimpfte Patienten schicken. Ich stehe dahinter und wenn die der Meinung sind, dass sie mich aufgrund dessen komplett entlassen wollen, dann müssen sie es machen. Ich habe zwei gesunde Hände. Ich kann viele andere Dinge machen außer Medizin.“

Doch ihre helfenden Hände werden fehlen. Und die vieler anderer, fürchten Kliniken- und Heimleiter.

O–Ton

Dr. Yazid Shammout,

Geschäftsführer der Dana-Senioreneinrichtungen:

„Wir haben eh ein Mangel an Fachkräften und wir sollen zusehen, dass wir nun behütet miteinander und respektvoll umgehen und nicht dieses Gift in die Betriebe hineintragen.“

Die Arbeitgeber bangen um ihr Fachpersonal, gleichzeitig müssen sie die Impfpflicht umsetzen, glauben sie. Im bayrischen Schweinfurt sehen sie ihre Ungeimpften schon kurz vor der Kündigung.

O-Ton

Christiane Fischer,

Heimleiterin Diakonie Pflegezentrum Maininsel:

„Auf dem Arbeitsamt habe ich schon mal nachgefragt, wie schaut's denn aus, müssen die sich schon arbeitssuchend melden? Da kann mir keiner eine Auskunft geben. Warten Sie doch mal ab, bis es soweit ist. Aber meine Mitarbeiter haben keine Chance abzuwarten. Wenn es morgen dann heißt, „passt auf“ Doch am 16. ist Betretungsverbot für euch. Bitte lasst eure Sachen packen, ihr kommt gar nicht mehr ins Haus.“

Steht das wirklich so im Gesetz? Bisher führt es bei Arbeitgebern zu Unklarheit und Überforderung, etwa bei Geschäftsführer Shammout, immerhin verantwortlich für 15 Senioreneinrichtungen mit rund 1000 Mitarbeitern.

O-Ton

Dr. Yazid Shammout,

Geschäftsführer der Dana-Senioreinrichtungen:

„Die Entscheidung heißt Impfpflicht. Aber was heißt das denn im Arbeitsrecht? Darf ich die Mitarbeiter weiter beschäftigen? Ist das ein Grund zur Kündigung? Hafte ich als Arbeitgeber für die Mitarbeiter, wenn ich die trotzdem noch beschäftigen kann? Was passiert in der Zeit, wo sie nicht hier beschäftigt werden können, bis das Gesundheitsamt eine Entscheidung trifft? All diese Fragen hat der Gesetzgeber meines Erachtens versäumt, jetzt eine klare Antwort darauf zu geben. Und wir warten dringendst auf klare Antworten darauf.“

Moderation

Anja Reschke:

„Ja, Fragen über Fragen. Je mehr Menschen im Gesundheitsbereich wir gesprochen haben, desto größer wurde das Ausmaß der Unklarheit und daher auch der Verärgerung. Also haben wir uns an das Bundesgesundheitsministerium gewandt, wollten mit Karl Lauterbach sprechen, der aber nicht zum Interview bereit stand. Stattdessen aber versorgte uns das Ministerium mit immer mehr Informationen über das Gesetz. Die uns – nachdem wir sie sorgfältig durchgearbeitet haben – doch erstaunt haben. Es scheint alles ziemlich anders zu sein, als die Menschen draußen bisher geglaubt haben.“

Um herauszufinden, was die neue Impfpflicht für Gesundheitsberufe wirklich bewirkt, fragen wir zuerst bei den Urhebern nach. Janosch Dahmen ist Arzt und Gesundheitspolitiker der Grünen. Er gehört mit Gesundheitsminister Lauterbach zu den Architekten des ersten wichtigen Gesetzes der neuen Regierung.

O-Töne:

Panorama: „Herr Dahmen, glauben Sie, dass ab dem 16. März 100 Prozent der Mitarbeiter in Pflegeheimen, in Kliniken geimpft sein werden? Oder werden noch Ungeimpfte weiterarbeiten?“

Dr. Janosch Dahmen, Grüne, Gesundheitspolitischer Sprecher Bundestag: „Das Gesetz gilt. Das ist eindeutig in der Aussage, dass wir dort, wo Menschen im Gesundheitswesen für andere Menschen Verantwortung tragen, eine vollständige Impfquote brauchen, um bestmöglichen Schutz zu bieten.“

Keine ungeimpften Mitarbeiter mehr in Kliniken und Heimen? Durchsetzen sollen das die Gesundheitsämter - etwa das von Patrick Larscheid in Berlin. Doch kurz vor Inkrafttreten des Gesetzes sei nichts geklärt.

O-Ton

Patrick Larscheid,

Vorstand Verband d. Amtsärzte Berlin-Brandenburg:

„Es ist so, dass jeder ins Gesetz reinschaut und jeder anfängt zu interpretieren. Eine absolut unerträgliche Situation. Es ist erschütternd, dass, nachdem man sich dazu durchgerungen hat, sehr sehr schnell diese Änderung auch zu beschließen, die Frage der Ausführung offensichtlich gar nicht mehr angefasst wurde.“

Tatsächlich liegt der schwarze Peter allein beim Gesundheitsamt. Die Arbeitgeber dagegen müssen erst einmal niemanden entlassen, das bestätigt das Gesundheitsministerium uns schriftlich: „*Der Arbeitgeber hat hier keine Verpflichtung zu einer etwaigen Freistellung der ungeimpften Mitarbeitenden.*“ Quelle: Erklärung Gesundheitsministerium an Panorama.

O-Ton

Patrick Larscheid,

Vorstand Verband d. Amtsärzte Berlin-Brandenburg:

„Das ist ein Satz, der es im schönsten Behördendeutsch geschrieben und ein normaler Mensch versteht den eigentlich nicht. Da steht ja drin in diesem Satz - also irgendwie soll was sein, was aber so nicht gemeint ist.“

Der Arbeitgeber muss ungeimpftes Bestandspersonal nicht freistellen, erklärt das Gesundheitsministerium. Stattdessen *„entscheidet das zuständige Gesundheitsamt nach pflichtgemäßem Ermessen im Einzelfall (...) und wird dabei auch die Personalsituation in der Einrichtung berücksichtigen.“* Quelle: Erklärung Gesundheitsministerium an Panorama

Also: Gesundheitsamtsleiter Larscheid soll überprüfen, ob das ungeimpfte Personal verzichtbar ist, und nur dann kann er ein *Tätigkeitsverbot* aussprechen. „Nach Ermessen“ eben. Können Gesundheitsämter so etwas überhaupt beurteilen?

O-Ton

Patrick Larscheid,

Vorstand Verband d. Amtsärzte Berlin-Brandenburg:

„Es ist eine ganz falsche Vorstellung, dass die Gesundheitsämter Instrumente hätten, um überhaupt sagen zu können: Wie viele Menschen müssen denn in einer Einrichtung arbeiten? Da geht es um Strukturfragen, die jede Einrichtung auch ein bisschen anders für sich beantwortet. Ganz sicher nichts, was Gesundheitsämter können. Von daher fühlen wir uns inhaltlich komplett überfordert. Wir haben gar keine Kriterien, nach denen wir entscheiden können. Da ist sicher sehr viel Willkür dabei. Jetzt kann man natürlich hingehen und sagen, lass uns nicht Willkür sagen, lass uns doch pflichtgemäßes Ermessen sagen, das klingt doch irgendwie viel schöner. Am Ende ist es Willkür.“

O-Töne:

Panorama: „Der Amtschef sagt: letztlich läuft es auf Willkür hinaus. Was sagen Sie dazu?“

Dr. Janosch Dahmen, Grüne, Gesundheitspolitischer Sprecher Bundestag: „Sollte der Eindruck entstehen, dass gerade im Austausch zwischen Bund und Ländern diese, dieser Ermessensspielraum, den das Gesetz aktuell zulässt, dazu führt, dass die Durchsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht und damit der Patientenschutz gefährdet ist, dann müssen wir an das Gesetz nochmal ran und müssen so nachschärfen, dass hier ein-eindeutig dafür gesorgt wird, dass der Patientenschutz an erster Stelle steht und eine Durchsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht damit sichergestellt ist.“

Eine Nachschärfung erwägen, bevor das Gesetz überhaupt in Kraft tritt? Und selbst wenn Gesundheitsämter die Personalsituation in den Einrichtungen beurteilen könnten stellt sich ein zweites Problem: schon jetzt sind sie mit der Corona-Kontaktverfolgung ausgelastet. Haben sie überhaupt genug Personal jeden einzelnen Fall zu prüfen?

O-Ton

Patrick Larscheid,

Vorstand Verband d. Amtsärzte Berlin-Brandenburg:

„Das ist etwas, was uns völlig überfordern würde. Da muss man nicht diskutieren. Es ist undenkbar, auch unüblich, dass wir zum Beispiel mit den Einzelnen ins Gespräch gehen. Es gibt für Bußgeldverfahren einen klaren Ablauf. Und da steht nicht, dass man sich gemeinsam bei einer Tasse Kaffee an einen Tisch setzt. Das ist wirklich eine merkwürdige Vorstellung.“

Heißt: Solange das Gesundheitsamt nicht geprüft hat, ob die gemeldeten Ungeimpften personell ersetzbar sind verliert erst einmal keiner seinen Job. Und wenn jetzt alle Arbeitgeber behaupten, sie brauchen ihr Personal?

O-Töne

Panorama: „Wenn es diesen Ermessensspielraum gibt, der legal ist, dann würde die Impfpflicht nur für manche gelten. Wäre das hinnehmbar?“

Dr. Janosch Dahmen, Grüne, Gesundheitspolitischer Sprecher Bundestag: „Nein, es ist nicht hinnehmbar, dass wir sagen, wir lassen generelle Ausnahmen für Einzelne aus Einrichtungen oder Regionen zu. Wenn es hier zu Ausnahmen kommt, dann müssen die gut begründet sein und vor allem belegen, warum aus der Einzelfallentscheidung für Dritte keine Gefahr ausgeht.“

O-Ton

Patrick Larscheid,

Vorstand Verband d. Amtsärzte Berlin-Brandenburg:

„Die Frage der Ausnahmegenehmigung hat tatsächlich das Potenzial, zu Dauerärger zu werden. Eine wirklich unfassbare Situation, dass ein Gesundheitsamt sich hinstellen soll und zum Beispiel, wenn es für eine Universitätsklinik verantwortlich ist, sagen soll: Hmm, die Kinder-Krebsstation könnt Ihr zumachen, das ist in Ordnung. Und den Bereich der Geburtshilfe, ach, da reicht auch die halbe Zahl des Personals. Das kann nicht ernst gemeint sein. Wenn man natürlich möchte, dass man auf eine durchaus nicht völlig unperfide Art die Impfpflicht ausschaltet. Dann kann man es so machen, dann kann man sagen, lass doch die Gesundheitsämter einfach vor dieser Verantwortung kapitulieren.“

Dass die „Ausnahme“ in manchen Regionen zur Regel werden könnte, sieht man hier im Burgenlandkreis in Sachsen-Anhalt. In dieser und einer weiteren Klinik im Landkreis fehlen womöglich bald 200 ungeimpfte Mitarbeiter, etwa 20 Prozent der Belegschaft. Und in einzelnen Abteilungen ist die Lage besonders dramatisch.

O-Ton

Angret Neubauer,

Geschäftsführerin vom SRH Klinikum Burgenlandkreis:

„Es gibt Therapie-Bereiche, die komplett oder zu nahezu 90 Prozent ungeimpft sind. Ansonsten zieht sich das aber durch alle Mitarbeiter hindurch, egal aus welcher Berufsgruppe, in welchem Zweig sie arbeiten. Also definitiv wird es so sein, dass wenn sich daran nichts ändert und wir die Mitarbeiter nicht mehr beschäftigen können, dass wir an beiden Standorten Stationen schließen müssen.“

O-Töne

Panorama: „Was sagen Sie denn der Klinikleiterin, die sagt: ja, was soll ich denn ohne diese 200 Mitarbeiter machen? Ich bin in der Region, da finde ich auch keine, da findet man eh schon keine. Was sagen Sie so einer Klinikleiterin?“

Dr. Janosch Dahmen, Grüne, Gesundheitspolitischer Sprecher Bundestag: „Wenn uns fachgerechtes Personal, was die notwendige Qualifikation hat, was die notwendige Impfung hat, den Schutz hat, nicht zur Verfügung steht, dann werden wir an den Stellen Betten nicht betreiben können.“

Also eher Betten abbauen, als eine Umgehung der Impfpflicht zulassen. Aus Sicht der Klinikleiterin entsteht ein Notstand, das hat sie schon dem Landrat geschrieben. Sie hofft, dass er und andere die Impfpflicht stoppen können. Und wenn nicht?

O-Ton

Angret Neubauer,

Geschäftsführerin vom SRH Klinikum Burgenlandkreis:

„Dann würde ich dem Gesundheitsamt sagen, bitte, ich würde Ihnen eine Auflistung machen, so und so sieht es aus, das würde zur Katastrophe führen, wenn diese Mitarbeiter nicht mehr zur Verfügung stehen. Bitte erwirken Sie eine Ausnahme.“

Wenn die Ausnahme zur Regel wird: Welchen Sinn macht dann überhaupt die Impfpflicht? Im Grunde können ab dem 16. März alle Ungeimpften erstmal weiterarbeiten.

O-Ton

Dr. Yazid Shammout,

Geschäftsführer der Dana-Senioreneinrichtungen:

„Es scheint so zu sein, dass es ein Schein-Gesetz ist. Will der Gesetzgeber wirklich hart durchgreifen, um eine Impfpflicht durchzusetzen? Oder ist das eine Scheindebatte? So, dann braucht man nicht weiter zu diskutieren. Dann sagen wir Okay, das ist gewünscht, dass man sich impfen lässt. Und wenn man das nicht macht, dann passiert auch nicht viel.“

O-Ton

Patrick Larscheid,

Vorstand Verband d. Amtsärzte Berlin-Brandenburg:

„Möglicherweise war dieses Gesetz begleitet von einem etwas naiven Wunschdenken. Sie wissen, es war ja auch so ein bisschen ein Projekt der neuen Regierung und ich glaube, dass man auch sehr stolz war, das geschafft zu haben. Und dann war es das. Und gemessen wird man aber nicht am Gesetz an sich, gemessen wird man natürlich an der Umsetzung.“

Trotz Kritik. Dahmen bleibt dabei!

O-Ton

Dr. Janosch Dahmen, Grüne, Gesundheitspolitischer Sprecher Bundestag: „Wenn das nicht reicht, dann werden wir gesetzlich nachschärfen müssen, um dafür zu sorgen, dass der Schutz, den Patientinnen und Patienten verdienen, auch wirklich angewandt wird.“

Hier in Freiburg gibt es längst eine Impfpflicht - ohne jedes Gesetz und Gesundheitsamt. Die Klinikgruppe Artemed hat in ihren 17 Kliniken bereits am 1. Januar die Impfpflicht eingeführt. Aus eigenem Antrieb. Seitdem darf kein ungeimpfter Mitarbeiter die Kliniken betreten.

O-Ton

Prof. Rainer Salfeld,

Geschäftsführer Artemed-Kliniken:

„Von unseren rund 7500 Mitarbeitern sind 7400 geimpft. 100 sind freigestellt. Die dürfen das Krankenhaus nicht mehr betreten und wir hoffen, davon noch einen großen Teil spätestens ab Ende Februar geimpft zu haben. Und dann dürfen sie selbstverständlich weitermachen. Freigestellt heißt, wir haben keine Lohnfortzahlung. Gilt der Grundsatz - keine Arbeit, kein Lohn.“

Sein wichtigstes Ziel: Die Patienten vor Ungeimpften zu schützen. Und die gesetzliche Impfpflicht, die half ihm dabei.

O-Ton

Prof. Rainer Salfeld,

Geschäftsführer Artemed-Kliniken:

„Es geht. Eindeutig. Sieht man ja, dass es geht. Also es gibt ganz wenige Kündigungen, also vielleicht drei oder so in der ganzen Artemed-Gruppe. Das liegt daran, dass der Gesetzgeber die gesetzliche Impfpflicht eingeführt hat.“

So hat die Impfpflicht - trotz aller Hintertüren, durchaus eine Wirkung, zumindest eine psychologische. Die Bewohnerinnen und Bewohner hier, im Pflegeheim bei Hamburg, also die, um die es wirklich geht, verstehen die ganze Aufregung sowieso nicht.

O-Töne

Bewohnerin: „Ich fühle mich natürlich sicherer, wenn alles geimpft ist. Dann fühle ich mich auch wohler.“

Bewohnerin. „Wieso soll man sich nicht impfen lassen? Es tut doch nicht weh und: Wir sind's auch.“

Bericht: Tina Soliman, Caroline Walter, Konstanze Nastarowitz

Mitarbeit: Marie Blöcher, K.-Wilhelm Brandenburg

Kamera: Georg Denzer, Andrzej Król, Torsten Lapp

Schnitt: Claudia Qualmann

Abmoderation

Anja Reschke:

„So wie es also aussieht, ist das erste Gesetz dieser neuen Bundesregierung also eines, das zwar will, dass alle im Gesundheitsberuf geimpft werden, aber in Kauf nimmt, dass das nicht passiert.

Merkwürdiges Verfahren. Und dafür all der Ärger, die große Debatte.“